



Kantonsrat

Sitzung vom: 17. März 2015, nachmittags

Protokoll-Nr. 168

Nr. 168**Postulat Lütolf Jakob und Mit. über die Errichtung eines Kompetenzzentrums für erneuerbare Energien und effiziente Energienutzung (P 462).
Teilweise Erheblicherklärung**

Im Namen des Postulanten begründet Jürg Meyer das am 10. Dezember 2013 eröffnete Postulat über die Errichtung eines Kompetenzzentrums für erneuerbare Energien und effiziente Energienutzung. Entgegen dem Antrag des Regierungsrates halte er am Postulat fest.

Im Namen des Regierungsrates ist Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng bereit, das Postulat teilweise entgegzunehmen. Die schriftliche Begründung lautet wie folgt:

"In den Jahren 2006 (Postulat P 610 Josef Schmidiger) und 2012 (Postulat P 147 Josef Lanegenegger) wurden zu dieser Thematik zwei Postulate vom Kantonsrat überwiesen. Gestützt darauf hat der Regierungsrat die Unterstützung der erneuerbaren Energien durch einen zielgerichteten Ressourceneinsatz bei der Dienststelle Umwelt und Energie deutlich verstärkt, wie er in den Anfragen A 877 von Josef Schmidiger aus dem Jahr 2007 und A 374 von Markus Odermatt aus dem Jahr 2009 dem Kantonsrat darlegte.

Ab 2010 zeigten sich veränderte Rahmenbedingungen und Bedürfnisse. Die Einführung der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) auf den 1. Januar 2009 brachte einen vereinfachten Zugang für viele Produzenten von erneuerbarem Strom und eine starke Rolle der Fachverbände (Swissolar, Suisse Eole, Biomasse Schweiz etc.). Die Nachfrage nach kantonalen Beratungsdienstleistungen sank. Für den Kanton verschob sich der Schwerpunkt auf Grundlagenarbeiten in den Bereichen Wind, Biomasse, Geothermie, Abwärme, Energieplanung und die Durchführung von Förderprogrammen. Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen auch für erneuerbare Wärme setzte der Kanton ab 2010 deutlich mehr Mittel im kantonalen Förderprogramm ein. 2011 brachte die Energiewende einen stärkeren Fokus auf die Energieeffizienz und das Klima.

Wir halten am Ziel fest, die Rahmenbedingungen für die erneuerbaren Energien und für eine effiziente Energienutzung zu verbessern und den Innovationsstandort Luzern im Sinn eines Cleantech-Clusters zu stärken. Es gilt die Wirtschaftskraft, die Wertschöpfung und die Innovation im Bereich Cleantech (Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Energieproduktion, Energieverteilung, Energieverbrauch etc.) nachhaltig zu stärken bzw. auszubauen. Durch optimierte und effiziente Vernetzung der (vorhandenen) fachlichen Kompetenzen im Bereich Entwicklung, Forschung und Produktion der Umwelttechnologien sollen marktreife und innovative (Pilot- und Leuchtturm-) Projekte, Produkte und Dienstleistungen gefördert werden. Der Fokus liegt schwergewichtig auf der Schaffung von volkswirtschaftlichem Mehrwert.

Offen ist, ob es zur Erreichung der oben formulierten Zielsetzung der „Errichtung“ eines neuen Kompetenzzentrums braucht, oder ob nicht eine bessere, aktive Vernetzung unter Federführung eines geeigneten, bestehenden Akteurs zielführender wäre. Die geeignete Organisationsform ist Gegenstand laufender Abklärungen. In diesem Zusammenhang ist insbesondere zu klären, ob die Akteure aus der Wirtschaft und der Forschung bereit sind, ein solches Netzwerk bzw. Kompetenzzentrum zu initiieren und finanziell zu tragen. Im Sinne einer „An-

schubfinanzierung“ könnten wir uns eine (untergeordnete) Mitfinanzierung vorstellen, wir können und wollen aber selber keinen solchen Cluster federführend aufbauen und finanzieren.

Im Sinn dieser Ausführungen ist das Postulat teilweise erheblich zu erklären."

Toni Graber spricht sich im Namen der SVP-Fraktion gegen das Postulat und gegen eine Federführung oder Beteiligung des Kantons bei der Schaffung eines Kompetenzzentrums für erneuerbare Energien aus. Das Postulat sehe vor, dass der Kanton in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft und Bildungs- und Forschungsorganisationen ein neues Kompetenzzentrum für erneuerbare Energien mit nationaler Ausstrahlung einrichte. Der Vorstoss sei ein Kind aus besseren Zeiten und im Zusammenhang mit der Strategie zur Energiewende zu sehen. Nun müsse auch hier festgestellt werden, dass nicht alles Gold sei, was glänze und ein solches finanzielles Engagement für den Kanton aktuell nicht verantwortbar sei. Selbst eine Anschubfinanzierung bringe eigentlich nichts, da man etwas aufbaue, wozu man später nichts mehr zu sagen habe. Das durch die Dienststelle Umwelt und Energie geführte Kompetenzzentrum erneuerbare Energien genüge den kantonalen Ansprüchen. Es brauche also keinen weiteren Ausbau zu einer Denkfabrik, die eine Eigendynamik von zusätzlichen Förder- und Lenkungsmaßnahmen entwickeln würde. Die Frage nach der Errichtung eines solchen Zentrums solle der Privatwirtschaft und deren Interessen überlassen werden.

Jürg Meyer zeigt sich im Namen des Postulanten, gestützt auf die Antworten der Regierung und die Diskussionen innerhalb der SP/Juso-Fraktion mit der teilweisen Erheblichkeitserklärung einverstanden. Das Postulat von Jakob Lütolf betreffe eine Intensivierung der bestehenden Zusammenarbeit zwischen Kanton, Privatwirtschaft und Bildungs- und Forschungsinstitutionen im Kanton Luzern durch den Aufbau eines Kompetenzzentrums für erneuerbare Energien und eine effiziente Energienutzung. Dieses solle für die bereits vorhandenen unterschiedlichen Anspruchsgruppen des Kantons eine Plattform zu deren Vernetzung bieten. Es sei wichtig die Wirtschaftskraft in den erwähnten Bereichen zu stärken und so den Kanton noch besser zu positionieren. Man sei gestützt durch Abklärungen vom volkswirtschaftlichen Nutzen eines solchen Zentrums überzeugt. Dieses solle unbedingt ausserhalb der kantonalen Verwaltung entstehen, denn Innovationen entstünden immer an der Schnittstelle von Forschung und Praxis. Es soll so erreicht werden, dass die in Kanton vorhandene praxisorientierte Forschung mit der KMU-basierten Wirtschaft zusammentreffe und daraus marktreife Produkte und Dienstleistungen entstehen würden. Die Unterstützung der teilweisen Erheblichkeitserklärung erkläre sich daraus, dass es nun an der Forschung und an der Wirtschaft liege, die Führung dieser Plattform zu übernehmen. Er sei froh, dass der Regierungsrat in der Antwort offene Türen signalisiere. Ebenso seien erste Gespräche mit Luzerner Unternehmen und der Fachhochschule positiv verlaufen und das Interesse sei vorhanden. Wichtig sei aber, dass der Kanton mit einer teilweisen Erheblichkeitserklärung seinen Willen bekunde, dabei zu sein und so ein positives Signal an die anderen Akteure aussende.

Urs Brücker spricht sich im Namen der GLP-Fraktion für die teilweise Erheblichkeitserklärung des Postulats aus. Dieses verweise auf eine bereits längere Geschichte: 2006 sei das Postulat P 610 von Josef Schmidiger mit dem Fokus, etwas für die Landwirtschaft zu erwirken, insbesondere die Förderung von Biogasanlagen. Dieses Kompetenzzentrum sei beim Uwe angesiedelt worden und habe nie richtig abgehoben. Das vorliegende Postulat sei das dritte in der Reihe und solle nun zum ersten Mal nur teilweise überwiesen werden. Es gehe dabei nicht darum ein erneutes Kompetenzzentrum zu schaffen, denn es gebe bereits etwa acht solcher im Energie- und Ressourcenbereich an Hochschulen und weitere bei Betrieben. Die Vernetzung von Wirtschaft, Forschung, Lehre und Investoren stehe bei der Forderung im Fokus. Der Investitionsschutz müsse durch eine neutrale Stelle gewährleistet werden, welche auch in rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen kompetent beraten könne. Die Regierung wolle zu Recht die Finanzierung nicht vollständig übernehmen. Eine Anschubfinanzierung beispielsweise in einem NRP-Projekt sei hier das richtige Instrument.

Ruedi Burkard folgt im Namen der FDP-Fraktion der Argumentation der Regierung und spricht sich für die teilweise Erheblichkeitserklärung des Postulats aus. Der Postulant fordere die Einrichtung eines Kompetenzzentrums für erneuerbare Energien. Es handle sich hierbei nicht um eine neue Forderung. Die FDP begrüsse die Bündelung der Kompetenzen in einem Cleantech-Zentrum, dessen Voraussetzungen im Kanton gegeben seien: Die durch die Wirtschaft geforderten Entwicklungen könnten beispielsweise in der Zusammenarbeit mit der

HSLU oder der ITZ vorangetrieben werden. Es sei aber sehr wichtig, ein solches Kompetenzzentrum in der Wirtschaft breit abzustützen. Die letzte Volksabstimmung über die Initiative der Grünliberalen habe klar gezeigt, dass das Volk die Energiewende nur wirtschaftsverträglich umsetzen wolle. Die FDP unterstütze also die Einrichtung eines Kompetenzzentrums nur bei einer grossen Mitwirkung durch Industrie und Gewerbe. Die Kantonsaufgabe sei in einer untergeordneten Mitfinanzierung zu sehen.

Hasan Candan spricht sich im Namen der SP/Juso-Fraktion für die volle Überweisung des Postulats aus. Das Postulat fordere die Schaffung eines Kompetenzzentrums unter der Mitwirkung von Kanton, Privatwirtschaft und Bildungs- und Forschungsorganisationen. Im Feld des Energiesektors, welcher eine eigentliche Zukunftsbranche mit sehr hoher Innovations- und Wirtschaftskraft darstelle, sollten gute Voraussetzungen geschaffen werden. Zudem werde hier ökologisch verantwortungsvolles Unternehmertum gefördert. Wie erwähnt, seien schon mehrfach Beschlüsse im Kantonsrat in diese Richtung getroffen worden, jedoch sei bisher die erhoffte Wirkung nicht eingetreten. Darum sei mit einer teilweisen Erheblicherklärung das Signal an die Regierung zu wenig stark, konkret etwas zu tun. Die SP/Juso-Fraktion erhoffe sich ein fortschrittliches Energiegesetz und dass der Kanton diesbezüglich eine aktivere Rolle wahrnehme. Das Potential sei im Kanton Luzern gegeben. Insbesondere gebe es Unternehmen, die bereit seien den ökologischen Weg zu gehen, jedoch fehle ihnen dabei die Vernetzung. Deshalb solle der Kanton zusammen mit der Hochschule proaktiv vorangehen und dort eine Stelle zu schaffen, welche diese Vernetzung herbeiführe. Der Kanton signalisiere eine Bereitschaft für eine Anschubfinanzierung. Wenn aber Finanzmittel gesprochen würden, solle damit auch eine entsprechende Verantwortung einhergehen.

Heidi Rebsamen unterstützt im Namen der Grüne-Fraktion das vorliegende Postulat. Als Vorbemerkung erwähne sie, dass das Energiegesetz nicht wegen den Grünen abgelehnt worden sei, sondern auch wegen der Ablehnung durch die bürgerlichen und dass es sich nicht lohne, sich darüber zu grämen. Die Forderungen der vollständigen Überweisung, passe zur Sicht der Grünen einer aktiveren Rolle des Staates in der Energiepolitik. In einem Clean-tech-Kompetenzzentrum würden die Grünen eine grosse Chance sehen. Denn es brauche in diesem Bereich für die erfolgreiche Etablierung eines Produkts am Markt oft die Anschubleistung des Staates. Dies betrifft insbesondere auch die Grundlagenforschung. So hätte etwa das I-Phone nur aufgrund staatlich geförderter Technologien entwickelt werden können. Dito treffe für das Internet, GPS, Mikro-Chips oder Touch-Screens zu, welche an technischen Hochschulen entwickelt worden seien und dann durch Firmen wie Apple in Produkten zusammengeführt worden seien. Mittels eines solchen Clean-Tech-Kompetenzzentrums solle nun wirklich endlich ernst gemacht werden. Es biete sich dem Kanton die Möglichkeit an, die Federführung bei der Schaffung energieeffizienter Produkte oder Energiespeicher zu übernehmen. Man hoffe durch die - zumindest teilweise - Überweisung endlich eine Wirkung zu sehen.

Hans Aregger spricht sich im Namen der CVP-Fraktion gegen die Errichtung eines Kompetenzzentrums und gegen das Postulat aus. Es sei Sache der Privatwirtschaft, allenfalls in Zusammenarbeit mit Bildungs- und Forschungsinstitutionen, hier aktiv zu werden. Der Staat und die Politik sollten sich darauf konzentrieren die Rahmenbedingungen für erneuerbare Energie zu lockern und zu vereinfachen und nicht etwa noch zu verschärfen. Er selbst sei mit einer seiner Firmen im Bereich der erneuerbaren Energien tätig. Leider stelle er eine ständige Verschärfung der Auflagen und eine zunehmende Verschlechterung der Rahmenbedingungen fest. Der Energiewende werde so einen Bärendienst erwiesen. Die Prioritäten seien folglich anders zu setzen, als neue staatliche oder halbstaatliche Strukturen zu schaffen.

Jörg Meyer möchte einen zusätzlichen Fokus auf die generelle Wirtschafts- und Standortpolitik im Kanton Luzern eröffnen. Hier bestehe für einmal die Möglichkeit im Gegensatz zu Giesskannenmassnahmen eine gezielte Wirtschafts- und Unternehmenspolitik zur Standortförderung zu betreiben. Giesskannenpolitik, etwa durch die Senkung der Unternehmenssteuern, führe zur Ansiedlung dubioser Firmen und sodann zu Aufstockungsbedarf bei der Staatsanwaltschaft. Selbstverständlich brauche es die günstigen Rahmenbedingungen, aber hier biete sich die Chance für gezielte Investitionen im Sinne einer Aufbaufinanzierung, die sich später mehrfach refinanzieren. Denn so würde ein zukunftsfähiges Wirtschaftsfeld in der Region geschaffen. Insofern beantrage er die volle Erheblichkeitserklärung und die entsprechenden finanziellen Mittel für den Aufbau zu sprechen und nicht nur eine untergeordnete Finanzierung, wie es die Regierung vorschlägt. Hier bestehe eine Chance, die es nicht zu verpassen gelte.

Im Namen des Regierungsrates ist Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng bereit das Postulat teilweise entgegenzunehmen. Der Energieumbau sei angesagt, man müsse sich damit beschäftigen und der Regierungsrat wolle dazu einen Beitrag leisten. Dabei sehe er grosses Potential sowohl in ökologischer wie auch in ökonomischer Hinsicht. Vorbereitungsarbeiten zur Erschliessung dieses Potentials seien bereits getätigt worden: So seien Grundlagen in den Bereichen Wind, Biomasse und insbesondere Geothermie, Abwärme, Energieplanung, und so weiter erarbeitet worden. Weiter habe mittels der Förderprogramme direkt am Markt etwas bewegt werden können. Es sei klar, dass eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Forschung und Wirtschaft wichtig sei. Ein sehr gutes Beispiel dazu sei der Solar Decathlon 2014, wo das Team der Hochschule Luzern eine sehr gute Leistung (5. Platz) erreicht habe. Dies sei ein Beispiel, wie die Zusammenarbeit von Forschung mit Privatwirtschaft und öffentlicher Finanzierung gelungene Projekt hervorbringen könne. Der runde Tisch sei bereits eingeläutet worden. Eine erste Runde habe mit dem Postulaten und Vertretern der Wirtschaft stattgefunden. Man sei sich dabei insoweit einig geworden, dass es sich um ein PPP-Model handeln solle. Es gebe allerdings noch Fragen, die der Klärung harren. Man spreche mittlerweile auch eher von einem Netzwerk als von einem Kompetenzzentrum. Es müsse insofern geklärt werden, wie die aktive Vernetzung von Forschung und Politik bewerkstelligt werden solle. Er verspreche proaktiv dranzubleiben. Es sei insbesondere die Finanzierungsfrage eines solchen Netzwerks oder Kompetenzzentrums zu klären. Dabei stehe das Modell der Wirtschaftsförderung im Fokus, wo der Kanton zum Beispiel in der Anschubphase prominent dabei sei und dann seine Beiträge sukzessive die zurückfahren könne.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung mit 62 zu 39 Stimmen vor.

In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat mit 72 gegen 29 Stimmen teilweise erheblich.